

Redaktionsschluss: 2. November 2009

Nr. 21/09

INHALT

INNENPOLITIK

Nationalrat: Neues Fremdenrecht, Rehabilitationsgesetz, „Matura neu“

Unis: Hahn gibt 34 Mio. Euro

Nationalfeiertag: Bundeskanzler Faymann betonte Gemeinsamkeit

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Österreich übernahm Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat

Bundeskanzler Faymann verhandelt über EU-Topjobs

Präsidententreffen in Eisenstadt

Belgiens Premier van Rompuy bei Bundeskanzler Faymann

WIRTSCHAFT

Bankgeheimnis: Finanzminister Pröll fordert gleiches Recht für alle

WKO: Abwärtstrend bei Exporten gestoppt

Mehr Arbeitslose im Oktober

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Ostermayer zufrieden: EU akzeptiert das Finanzierungssystem des ORF

Nationalrat: Erweiterte Rückgabe-Regelung für NS-Raubkunst

Linz09: Seelenvolles „Konzert für Österreich“ unter George Prêtre

Vienna Art Week 2009

Palais Kabelwerk: Wien hat ein neues und lebendiges Kulturzentrum

Sperber-Preis an Péter Esterházy

Elektronisches Zeitungsarchiv für Österreichische Nationalbibliothek

SPORTPOLITIK

Sportminister Darabos steht voll hinter neuem ÖOC-Präsidenten Stoss

TEAM ROT-WEISS-ROT – Österreichs neues Spitzenförderungsprogramm

Minister Norbert Darabos beim Tischtennis-World Team Cup in Linz

Darabos gratuliert Jürgen Melzer zum ATP-Triumph in der Stadthalle

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst, A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

Nationalrat: Neues Fremdenrecht, Rehabilitationsgesetz, „Matura neu“

Der Nationalrat hat am 21. Oktober mit den Stimmen der Regierungsparteien (SPÖ und ÖVP) die Novelle zum Fremdenrecht beschlossen. Das Paket beinhaltet vor allem Verschärfungen im Bereich des Asylrechts, bringt aber auch gewisse Erleichterungen. So werden Angehörige, die Beihilfe zu unbefugtem Aufenthalt leisten, künftig nicht mehr bestraft. Die wichtigsten Neuerungen: Neuregelung der Schubhaft: Mit Inkrafttreten des Gesetzes 2010 werden alle so genannten Dublin-Fälle – Asylwerber mit Erstantrag in einem anderen europäischen Land, das für den Antragsteller daher auch zuständig ist – in Schubhaft genommen. Exekutiert wird das von der Fremdenpolizei. Stopp für missbräuchlich gestellte Folgeanträge: Anträge, die nach einem bereits negativ abgeschlossenen Asylverfahren gestellt werden, dienen laut Innenministerium vor allem dazu, Abschiebungen gleichsam in letzter Minute zu verhindern. Damit bestand bisher ein faktischer Abschiebeschutz. In Zukunft kann das Bundesasylamt, erste Instanz im Asylverfahren, den Abschiebeschutz bei Vorliegen eines Ausweisungsbescheides aufheben. Die Betroffenen können während des laufenden Verfahrens abgeschoben werden. Auch Folgeanträge, die während der letzten 18 Tage vor der geplanten Abschiebung gestellt werden, schützen nicht mehr vor Abschiebung, allerdings wird die jeweils persönliche Situation geprüft. Bei Antragstellung innerhalb von zwei Tagen vor der Abschiebung sind nur noch kurzfristig eingetretene Veränderungen im Herkunftsland (etwa Krieg) ein Hinderungsgrund. Altersfeststellung mittels Röntgenuntersuchung: Minderjährige Asylwerber genießen einen höheren Schutz als Erwachsene (begünstigtes Verfahren), weshalb es öfter zu falschen Altersangaben kam. Um Missbrauch zu verhindern, kann das Alter in Hinkunft via Röntgen festgestellt werden. Gegen Asylberechtigte, die wegen einer Straftat rechtskräftig zu über einem Jahr Haft verurteilt werden, gibt es automatisch ein Verfahren zur Aberkennung des Asylstatus. Bei Anklageerhebung wird das Asylverfahren beschleunigt. Beschlossen wurde im Nationalrat (mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen) weiters die Rehabilitierung der Wehrmachts-Deserteure im Zweiten Weltkrieg. Mit dem „Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz“ werden sämtliche Urteile des Volksgerichtshofs, der Standgerichte und der Sondergerichte in der NS-Zeit für nichtig erklärt,

ebenso die Sprüche des Erbgesundheitsgerichts, die Zwangssterilisierungen und -abtreibungen zur Folge hatten. Eine Einzelfallprüfung für Urteile der NS-Militärjustiz ist nicht mehr nötig. Aufgehoben werden auch Urteile gegen homosexuelle NS-Opfer. Hier wird jedoch geprüft, ob sie noch geltendes Recht berühren (etwa Minderjährige betroffen waren). Opfer von NS-Unrechtsurteilen oder deren Angehörige können beim Straflandesgericht Wien Antrag auf Feststellung einbringen. Beschlossen wurde auch die Novelle zur Erweiterung des Restitutionsgesetzes. (*siehe Kultur*). Grünes Licht kam weiters für die Novelle zum Schulunterrichtsgesetz, womit die Grundlagen für die teilzentrale Matura mit einheitlichen schriftlichen Klausuren geschaffen werden. ■

Unis: Hahn gibt 34 Mio. Euro

Wissenschaftsminister Johannes Hahn will anlässlich der Studentenproteste an den heimischen Unis aus der im Uni-Budget vorgesehenen Notfalls-Reserve 34 Mio. Euro bereitstellen. Inklusive der im Konjunkturpaket für 2009 und 2010 für Uni-Infrastruktur reservierten jeweils 17 Mio. Euro sollen damit insgesamt 68 Mio. Euro an die Unis fließen. ■

Nationalfeiertag: Bundeskanzler Faymann betonte Gemeinsamkeit

Österreich beging am 26. Oktober seinen Nationalfeiertag (Beschluss der immerwährenden Neutralität am 26. Oktober 1955). Präsidienkanzlei, Bundeskanzleramt, Parlament, Ministerien sowie das neue Haus der Europäischen Union luden jeweils zum „Tag der offenen Tür“. Auf dem Wiener Heldenplatz fanden eine Leistungsschau des Bundesheeres und im Beisein von Bundespräsident Heinz Fischer die Angelobung von rund 1.200 Rekruten statt.

Bundeskanzler Werner Faymann rief in seiner Rede beim Sonderministerrat dazu auf, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen: „Die österreichische Erfolgsformel heißt: Gemeinsamkeit.“ Mit dieser Devise habe sich Österreich im Laufe der Geschichte und auch jetzt in der Wirtschaftskrise behaupten können und zähle heute zu den zehn reichsten Nationen der Welt.

Die Neutralität bezeichnete Faymann als „Seele“ der Zweiten Republik, der Österreich bis heute seine Stellung in einem friedlichen und geeinten Europa verdanke. Europa müsse den sozialen Ausgleich in den Fokus der Politik stellen. ■

Österreich übernahm Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat

Österreich hat am 1. November für einen Monat den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Weltsicherheitsrat) übernommen. Dieser ist das mächtigste Organ der UNO und damit auch bedeutendste internationale Gremium.

Österreich, das sich seit Jahrzehnten unter anderem mit Auslandseinsätzen des Bundesheeres für die Vereinten Nationen engagiert, will sich neben dem Management der laufenden Geschäfte insbesondere dem Schutz von Zivilisten in internationalen Konflikten widmen. Außenminister Michael Spindelegger hatte bereits im September Österreichs Prioritäten für den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat dargelegt. Neben dem Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten soll die Rolle Wiens als Ort des Dialogs und als Drehscheibe für den Frieden verstärkt werden.

Die Wiener UNO-City feierte 2009 ihr 30-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum der Eröffnung des Vienna International Centre (VIC) kam im August auch UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon. Der 1979 fertig gestellte Gebäudekomplex beherbergt 15 UN-Unterorganisationen und ist neben New York, Genf und Nairobi einer der vier offiziellen UNO-Amtssitze.

Der UNO-Sicherheitsrat besteht derzeit aus 15 Mitgliedern. Die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien haben ständige Sitze und können Entscheidungen mit ihrem Veto blockieren. Die zehn nichtständigen Mitglieder des Gremiums werden jeweils zur Hälfte alle zwei Jahre ausgewechselt. Österreich ist seit 1. Jänner 2009 – nach 1973/74 und 1991/92 – bereits zum dritten Mal nichtständiges Mitglied. ■

Bundeskanzler Faymann verhandelt über EU-Topjobs

Beim Brüsseler EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 29./30. Oktober, bei dem Österreich durch Bundeskanzler Werner Faymann und Außenminister Michael Spindelegger vertreten war, wurden noch keine Personalentscheidungen getroffen. Hinter den Kulissen war die Debatte um die beiden neuen EU-Spitzenpositionen, die der Lissabon-Vertrag bringt, jedoch Causa prima. Eine erste informelle Einigung über die Aufteilung der Posten zwischen den beiden größten Parteifraktionen scheint jedoch festzustehen: Die Europäische Volkspartei (EVP) dürfte künftig den

EU-Ratspräsidenten stellen, die Sozialdemokraten den ersten gemeinsamen EU-Außenminister.

Die Grundzüge des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) haben die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Brüssel nun beschlossen. Demnach soll der Auswärtige Dienst als eigene Behörde und politisch unabhängig von der EU-Kommission und dem EU-Rat operieren. Chef wird der neue EU-Außenminister („Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“).

Die europäischen Sozialdemokraten haben im Vorfeld des EU-Gipfels ein „Trio“ von Spitzenpolitikern nominiert, um mit den europäischen Konservativen über die künftige Besetzung der EU-Top-Positionen zu verhandeln. Dem Trio gehören Österreichs Kanzler Faymann, Spaniens Ministerpräsident Jose Luis Zapatero und der dänische Premier Poul Nyrup Rasmussen an. Faymann wird vor allem mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso verhandeln. Er sei sicher, dass eine Person mit einem „sozialen europäischen Profil“ gefunden werde, so Faymann.

Österreichs künftiger EU-Kommissar wird Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP). Darauf hat sich die Bundesregierung am 28. Oktober geeinigt. Über die Ressort-Aufteilung entscheidet Kommissionspräsident Barroso erst. ■

Präsidententreffen in Eisenstadt

Bundespräsident Heinz Fischer ist am 28. Oktober in Eisenstadt (Schloss Esterhazy) mit seinem Schweizer Amtskollegen Hans-Rudolf Merz und Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zusammengetroffen. Thema waren unter anderem die internationalen Forderungen nach einem stärkeren Informationsaustausch in Steuerfragen (Stichwort: Bankgeheimnis). ■

Belgiens Premier van Rompuy bei Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann und Belgiens Premierminister Hermann van Rompuy unterstrichen nach einem Vieraugen-Gespräch am 19. Oktober in Wien die guten bilateralen Beziehungen. Man habe darüber beraten, wie man in Krisenzeiten das Wirtschaftswachstum stärken und das Budgetdefizit ausgleichen könne, ohne die soziale Balance zu gefährden, sagte Faymann. Verständigt habe man sich auch in Sachen europaweiter Finanztransaktionssteuer. ■

Bankgeheimnis: Finanzminister Pröll fordert gleiches Recht für alle

Finanzminister Josef Pröll schließt einen automatischen Informationsaustausch in Sachen Steuerbetrugsbekämpfung derzeit aus. Österreich und Luxemburg haben am 20. Oktober bei einem Treffen der EU-Finanzminister in Luxemburg ein Abkommen zur Steuerbetrugsbekämpfung zwischen der EU und Liechtenstein blockiert.

Österreich habe drei wesentliche Argumente für seine Position dargelegt, erklärte Pröll. Die Gründe für Österreichs Haltung seien nicht nur auf Liechtenstein bezogen, sondern grundsätzlicher struktureller Natur. Angesichts der geplanten Revision der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie poche Österreich darauf, dass diese Bestimmungen dann auch für Drittstaaten zu gelten hätten und daher eine Gesamtlösung anzustreben sei.

Zweitens trete Österreich für mehr Steuerehrlichkeit auf den internationalen Finanzmärkten ein, betonte Pröll. Es gebe – auch in mehreren EU-Ländern – immer noch Trust- und Stiftungsmodelle, bei denen anonym und steuerfrei Geld hinterlegt werden könne. Pröll nannte in diesem Zusammenhang auch Großbritannien. In erster Linie gehe es nicht um den automatischen Informationsaustausch, sondern darum, „dass es ein level playing field“ gebe, wo Steuerbetrug ausgeschlossen sei und kein Zufluchtsort für derartige Konstruktionen existiere.

Schließlich forderte Pröll, dass Abkommen wie mit Liechtenstein in Streitfällen einer Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) unterworfen werden. Luxemburg habe ähnlich wie Österreich argumentiert. Er sei jedenfalls nicht bereit voranzuschreiten, während sich andere EU-Länder hinter anonymen Anlageprodukten verstecken würden, so Pröll. Luxemburg und Österreich hätten bewiesen, dass sie die OECD-Standards erfüllten. Trusts kämen in dem Abkommen mit Liechtenstein zwar zu Sprache, doch sei nicht sichergestellt, dass diese auch erfasst würden. So müsste Liechtenstein erst ein eigenes Trust-Register einführen. Dieses Thema gehöre auf den Tisch, urgierte der Finanzminister.

Österreich, Luxemburg und Belgien müssen laut geltender EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie ihr Bankgeheimnis aufgeben und zu einem automatischen Informationsaustausch übergehen, sobald die EU mit den fünf europäischen Drittstaaten Liechtenstein, Schweiz, Andorra, San Marino und Monaco sowie mit den USA Abkommen über die

Auskunftserteilung nach OECD-Standards schließe.

Wie Österreich lehnt übrigens auch die Schweiz etwa die deutsche Interpretation von ausreichendem Verdacht als Voraussetzung für eine Datenweitergabe ab. Für Berlin wäre schon eine Kontonummer ausreichend, Wien und Bern verlangen zusätzlich zumindest einen Namen und eine Auflistung von Verdachtsmomenten. ■

WKO: Abwärtstrend bei Exporten gestoppt

Seit einigen Wochen ziehen Österreichs Exporte wieder an, die Talsohle dürfte überwunden sein. Das zweite Halbjahr falle „nicht ganz so dramatisch aus“, erklärte der Leiter der Außenwirtschaft Österreich (in der Wirtschaftskammer/WKÖ), Walter Koren, am 20. Oktober in Wien.

Laut Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) werde sich der Export-Einbruch im Gesamtjahr 2009 auf minus 15 bis 16 % abschwächen. Von Jänner bis Juli 2009 war das Außenhandelsvolumen um 24 % auf rund 54 Mio. Euro eingebrochen.

Für 2010 strebe man dann wieder ein Exportwachstum von 2 bis 4 % an, zeigte sich auch WKÖ-Präsident Christoph Leitl optimistisch. Diese Zuversicht werde von den exportierenden Unternehmen geteilt: In einer aktuellen Umfrage hätten 71 % ihre Exportchancen als „sehr gut“ oder „gut“ eingeschätzt. Leitl kündigte für die beiden kommenden Jahre eine zusätzliche Förderung von 5.000 Unternehmensauftritten auf internationalen Messen bzw. in chancenträchtigen Regionen an. Die Direktförderungen sollen dabei zwischen 40 und 100 % betragen. Konzentrieren will man sich vor allem auf jene Länder, die große Konjunkturpakete geschnürt haben. Deutschland etwa richte seinen Fokus auf Städtebau, Krankenhäuser, Bildung oder Klimaschutz. Insbesondere für Bau- und Baunebengewerbe, Handwerker, Architekten und Energieberater ergäben sich daraus gute Chancen. In den USA bestünden Möglichkeiten bei Medizintechnik, erneuerbarer Energie und Umwelttechnik, betonte Leitl. ■

Mehr Arbeitslose im Oktober

Ende Oktober waren inklusive Schulungsteilnehmern 319.320 Menschen arbeitslos gemeldet, um 61.996 oder 24,1 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen selbst stieg erstmals seit Jänner um weniger als 50.000 an. ■

Ostermayer zufrieden: EU akzeptiert das Finanzierungssystem des ORF

Die Europäische Kommission hat am 28. Oktober das ORF-Beihilfeverfahren abgeschlossen. Nachdem sich Österreich förmlich zu einer Gesetzesänderung verpflichtet hat, ist die Kommission zu dem Ergebnis gekommen, dass die Finanzierungsregelung für den ORF nunmehr mit den EU-Beihilfavorschriften in Einklang steht. Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes geht davon aus, dass „einerseits die notwendigen Voraussetzungen für einen hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschaffen und andererseits gerechte Ausgangsbedingungen in diesem Sektor aufrechterhalten werden“.

Medienstaatssekretär Josef Ostermayer ist mit dem Ausgang des Verfahrens „sehr zufrieden. Höhere Qualität, mehr öffentlich-rechtliches Angebot, höhere Transparenz und mehr Kontrolle für neue Dienste und die Programmentgelt-Höhe durch eine neue, unabhängige Medienbehörde“, fasst er die Hauptpunkte der Einigung zusammen. „Meine Einigung mit Kommissarin Kroes vom 9. September in Brüssel wurde nun von der Europäischen Kommission bestätigt. Das fünf Jahre dauernde Verfahren ist damit jetzt abgeschlossen. Die Umsetzung der Einigung auf nationaler Ebene muss innerhalb eines Jahres erfolgen“, so Ostermayer.

Im Detail sieht die Einigung im ORF-Verfahren zwischen Österreich und der EU u. a. eine Vorabprüfung aller neuen Angebote des ORF vor. Diese müssen von der neu zu konstituierenden Medienbehörde geprüft werden. Laut Einigung muss die Behörde zwar unabhängig vom ORF sein – eine verfassungsrechtlich unabhängige Behörde wird nicht zwingend vorgeschrieben. Für bestehende Onlineangebote muss der Sender „klare Angebotskonzepte vorlegen“, heißt es. Dadurch will Ostermayer mehr Transparenz im österreichischen Medienmarkt gewährleisten. Grünes Licht gab es für die geplante „TVthek“: Öffentlich-rechtlich relevante Sendungen dürfen künftig sieben Tage lang online abrufbar sein. Hierfür braucht es keine Vorabprüfung, allerdings ist dann auch keine Onlinewerbung erlaubt. Ansonsten muss sich der ORF im Onlinebereich auf öffentlich-rechtliche Angebote beschränken und darf den Onlineportalen von österreichischen Zeitungen keine Konkurrenz machen. Es gibt außerdem eine Ausschlussliste, mit der etwa das Angebot von Klingeltönen, Glücksspielen, Partnerbörsen, Preisvergleichen, etc. verboten wird.

Weiters soll ein Qualitätssicherungssystem für den öffentlich-rechtlichen Kernauftrag eingeführt werden. Neben dem Stiftungsrat soll sich ein Ausschuss des Publikumsrats mit diesem Thema beschäftigen – die Regulierungsbehörde soll die Einhaltung der Qualität prüfen. Der öffentlich-rechtliche Auftrag soll im Rahmen des neuen ORF-Gesetzes klarer definiert und auf sämtliche Angebote, also auch Online und jetzt zwei Spartenprogramme, erweitert werden.

Am Finanzierungssystem des öffentlich-rechtlichen Senders hatte die EU grundsätzlich nichts zu kritisieren. Laut der Einigung muss das Programmentgelt künftig alle fünf Jahre neu festgesetzt werden. Die Höhe wird wie bisher ORF-intern vom Generaldirektor vorgeschlagen und vom Stiftungsrat beschlossen. Neu ist eine Prüfung der Gebührenhöhe durch die Regulierungsbehörde. Neu ist auch, dass der ORF innerhalb von zwei Finanzierungsperioden, also maximal zehn Jahren, Verluste gegen Gewinne gegenrechnen darf.

In der Struktur der Landesstudios sind laut Ostermayer keine Änderungen vorgesehen, ebenso wenig soll es neue Einschränkungen bei den Werbezeiten geben. Es wird ein Sport-Spartenprogramm festgeschrieben, dieses soll sich auf Sportarten konzentrieren, denen in der sonstigen Medienberichterstattung kein breiter Raum zukommt. Ungenutzte Sportrechte muss der ORF künftig gegen angemessenes Entgelt zur Verfügung stellen.

Der ORF-Prüfung durch die EU-Kommission gingen mehrere Beschwerden über die staatliche Finanzierung des Senders voraus. Beschwerd hatten sich 2004 der Verband österreichischer Zeitungen (VÖZ) und 2005 der Verband Österreichischer Privatsender (VÖP) sowie der Privatsender Sky, damals Premiere. Der VÖZ erhob den Vorwurf, dass der ORF mit staatlichen Mitteln Online-Dienste anböte, die über den Versorgungsauftrag hinausgingen. Die Beschwerde des VÖP betraf die bestehenden Finanzierungs- und Kontrollmechanismen und die Einführung eines Sport-Spartenprogramms durch den ORF. Letztere kritisierte auch Sky.

Wie Staatssekretär Ostermayer begrüßte auch ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz den Abschluss des EU-Verfahrens. Somit sei „eine wichtige Grundlage für die langfristige Zukunftssicherung des ORF auch auf europäischer Ebene“ gewährleistet. In der Einigung sei die umfassende Erfüllung des Programmauftrags bei Information, Kultur, Sport und Unterhaltung anerkannt. ■

Nationalrat: Erweiterte Rückgabe-Regelung für NS-Raubkunst

Die Rückgabe von NS-Raubkunst wurde erweitert. Der Nationalrat verabschiedete am 21. Oktober eine entsprechende Novelle des Kunstrückgabegesetzes gegen die Stimmen von FPÖ und BZÖ. Im Wesentlichen geht es darum, dass nun neben Kunstwerken auch „sonstiges bewegliches Kulturgut“ einbezogen wird – und zwar nicht nur solches in Bundesmuseen, sondern auch in unmittelbarem Bundesbesitz. Zurückgegeben werden können auch jene Gegenstände, die zwischen 1933 und 1938 außerhalb Österreichs im Deutschen Reich vom NS-Regime entzogen wurden.

Auf Basis des Kunstrückgabegesetzes wurden bisher rund 10.000 Kunstwerke an ihre rechtmäßigen Besitzer zurück gegeben.

Kulturministerin Claudia Schmied erfreut über diesen Parlamentsbeschluss: „Es ist beeindruckend, dass 1998 noch eine breite Mehrheit geglaubt ist, ich bedauere es jedoch, dass es jetzt nicht möglich war, alle Parteien dafür zu motivieren“. Es sei sehr wichtig gewesen, die Kommission für Provenienzforschung sowie deren Aufgabengebiete und Funktionsperiode gesetzlich zu verankern.

Zur vieldiskutierten Frage der Einbeziehung der Leopold-Museum-Privatstiftung in das Kunstrückgabegesetz stellte die Ministerin klar: „Schon in der vorangegangenen Legislaturperiode hat sich eine interministerielle Arbeitsgruppe damit beschäftigt – die Schlussfolgerung ist rechtlich eindeutig: Wie der Name verrät, haben wir es mit einer Privatstiftung zu tun. Hier kommt also der verfassungsrechtliche Schutz von Privateigentum hinzu“. Das Kunstrückgabegesetz könne sich nur auf rechtmäßiges Eigentum des Bundes beziehen: „Ich habe natürlich beim Vorstand der Privatstiftung durchgesetzt, dass die Provenienzforschung auch im Leopold-Museum betrieben wird. Bis Ende des Jahres folgt ein Bericht, der dann einer Bewertung unterzogen wird“. Schmied hofft in diesem Zusammenhang auf ein gebührendes Verantwortungsbewusstsein des Vorstandes.

Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Clemens Jabloner, seit 2007 Vorsitzender des Kunstrückgabebeirates, vertrat in der Tageszeitung „Die Presse“ am 28. Oktober eine ähnliche Meinung wie Kulturministerin Schmied und sagte: „Die Stiftung Leopold ist nicht die Republik Österreich. Die Bilder gehören der Stiftung Leopold, daher können sie nicht unter das Kunst-

rückgabegesetz fallen. Das Leopold-Museum ist kein staatliches Museum, sondern ein Museum der Leopold-Stiftung. Eine gesetzliche Regelung auf eine solche private Sammlung zu erstrecken, ist verfassungsrechtlich umstritten. Ich sage nicht, dass es unmöglich ist“. ■

Linz09: Seelenvolles „Konzert für Österreich“ unter George Prêtre

Ihr jährliches „Konzert für Österreich“ am Nationalfeiertag, den 26. Oktober, haben die Wiener Philharmoniker heuer im Linzer Brucknerhaus gespielt. Das Konzert, außerdem ein Geschenk der Bundesregierung an die Stadt Linz als Europäische Kulturhauptstadt 2009, wurde auch vom ORF live übertragen. Am Pult der Wiener Philharmoniker stand der 85-jährige französische Dirigent George Prêtre, den das Orchester besonders liebt und der auch das Neujahrskonzert 2010 dirigieren wird. Auf dem Programm standen Franz Schuberts Zweite Symphonie und die Tondichtung „Ein Heldenleben“ von Richard Strauss. Mit unglaublichem Elan führte Prêtre sein Starorchester ohne Partitur durch alle Höhen und Klippen des Programms. Besonders bei der Strauss-Tondichtung gelang den Musikern eine unendlich schöne, klangprächtige und auch seelenvolle Interpretation. Das Publikum überschüttete das Orchester, die Soloinstrumentalisten und den Dirigenten mit schier grenzenlosem Jubel. www.brucknerhaus.at, www.linz09.at ■

Vienna Art Week 2009

Die vom Dorotheum initiierte und vom Art Cluster Vienna konzipierte Vienna Art Week bringt von 16. bis 22. November 60 Veranstaltungen von der Kunst des Barock bis zur Gegenwartskunst. Ziel des Festivals ist es, die Aktivitäten im Bereich der Bildenden Kunst zu bündeln und Wien international als lebendigen und innovativen Kunststandort zu positionieren. Die Vienna Art Week bietet Ausstellungseröffnungen im Belvedere, in der Secession und im Essl Museum, weiters eine Gallery Night mit rund 50 Wiener Galerien, Podiumsdiskussionen zur kuratorischen Praxis, zu den Dynamiken des Kunstmarktes, zur Pathologie des Sammelns, zur Street Art als neue Kunstform, zum Status Quo der Videokunst in Österreich, zur aktuellen Entwicklung der lateinamerikanischen Kunst und zur Kunst des Mahnmals. www.viennaartweek.at ■

Palais Kabelwerk: Wien hat ein neues und lebendiges Kulturzentrum

Das Kabelwerk von Wien-Meidling war ein Standort der Kabel und Drahtwerke AG im 12. Wiener Gemeindebezirk. Nach der Übernahme durch Siemens wurde die Produktion 1997 geschlossen. Nach einer temporären kulturellen Nutzung – so zeigte z. B. hier Hubsi Kramar eine sensationelle Aufführung mit Flüchtlingen aus Kriegsgebieten, Bewohnern des Wiener Integrationshauses von Becketts „Warten auf Godot“ – erfolgte ab 2001 der Bau eines neuen Stadtteils, in dem nun etwa 3500 Menschen wohnen. Auch gibt es hier ca. 30 Gewerbebetriebe. Das gesamte Kabelwerkareal umfasst etwa 68.000 Quadratmeter Grundfläche. Nach einem Jahr Bauzeit fügt sich seit Anfang Oktober ein neues Kulturzentrum in die bereits bestehenden Wohneinheiten: das Palais Kabelwerk. Es versucht durch seine Architektur den verschiedenen Kunstrichtungen gerecht zu werden. Der Bau wurde terrassenförmig angelegt, umfasst auf mehreren Ebenen zwei voneinander unabhängig beispielbare Mehrzwecksäle, eine großangelegte Funktionsterrasse mit Buffet und Lounge sowie drei „Artist in Residence“-Bereiche. Besonderer Bedacht wurde bei der Bauführung auf Menschen mit Behinderung gelegt. Alle Spielebenen sind mit Rollstühlen einfach befahrbar, eine Künstlergarderobe verfügt zusätzlich über eine behinderengerechte Dusche. Unkompliziert sind auch die Zugangsmöglichkeiten zu den Ressourcen des Stadtlabors: Jeden Mittwoch um 11 Uhr können ProjektwerberInnen unangemeldet die Räumlichkeiten im Palais Kabelwerk besichtigen und ihr Projekt vorstellen. „Das kulturelle Experiment Kabelwerk hat sich zu einem dauerhaften Stadtlabor für innovative Kunst und Kultur weiterentwickelt“, erklärte Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny anlässlich der Eröffnung. „Das neue Kulturzentrum erhöht nicht nur die Attraktivität und Lebensqualität des neuen Stadtteils im Süden Wiens, sondern wird generell für neue Impulse und eine weitere Belebung der Wiener Kulturlandschaft sorgen“. Die Stadt Wien stellte für den Neubau inklusive der entsprechenden Grundausstattung 3,4 Mio. Euro zur Verfügung. Für den laufenden Betrieb bis 2013 werden weitere 1,6 Mio. Euro bereitgestellt. Zweifellos wird diese progressive Kultureinrichtung nicht nur den Süden Wiens beleben. Den künstlerischen Anfang machte das Festival „Roter Oktober“ eine literarische Veranstaltung der „wiener wortstaetten“. Parallel dazu war Bildende Kunst mit dem

Künstlerinnenkollektiv „TISI“ Martina „TINEDA“ Eder und Silvia „SIKO“ Kobrad vertreten. www.kabelwerk.at ■

Sperber-Preis an Péter Esterházy

Der 1950 in Budapest geborene Schriftsteller und Essayist Péter Esterházy erhielt am 27. Oktober aus den Händen von Kulturministerin Claudia Schmied den Manès-Sperber-Preis 2009. Der im Gedenken an den Schriftsteller und Philosophen Manès Sperber (1905-1984) gestiftete Preis wird seit 1985 in unregelmäßigen Abständen, jedoch mindestens alle fünf Jahre vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des gesellschaftspolitischen Romans und der politisch-literarischen Essayistik vergeben. Der Jury gehörten Univ. Prof. Wolfgang Müller-Funk, Mirjana Stancic und Manfred Müller an: „Damit soll ein literarisch wie intellektuell ambitioniertes Werk gewürdigt werden, das sich im zentraleuropäischen wie im deutschsprachigen Raum große Geltung verschafft. Mit seinen grenzüberschreitenden Dimensionen dokumentiert es ein politisches und ästhetisches Bewusstsein von europäischem Format und post-nationalem Zuschnitt“. Großen Erfolg im deutschen Sprachraum hatte Esterházy mit seinem Roman „Die Hilfsverben des Herzens“ (1985). Als sein Hauptwerk gilt „Harmonia Caelestis“ (2001), ein Geschichtspanorama seiner Familie. Nach Erscheinen des Werkes musste er feststellen, dass sein Vater mit dem kommunistischen ungarischen Geheimdienst zusammengearbeitet hatte. Mit dieser Enthüllung befasst sich das Nachfolgewerk „Verbesserte Ausgabe“ (2003). ■

Elektronisches Zeitungsarchiv für Österreichische Nationalbibliothek

Die Österreichische Nationalbibliothek (ONB) hat die sieben „Arts and Sciences Collections“ des digitalen US-Zeitschriftenarchivs JSTOR (Journal STORage) erworben. Im Internet können Jahreskartenbesitzer ab sofort 930 elektronische Zeitschriften – vorwiegend aus den Geistes- und Sozialwissenschaften – im Volltext einsehen. Die überwiegend englischsprachigen Zeitschriften sind retrospektiv digitalisiert und daher ab ihrem ersten Jahrgang abrufbar. Die älteste verfügbare Zeitschrift „Transactions of the American Philosophical Society“ reicht zurück bis 1769. ■

Sportminister Darabos steht voll hinter neuem ÖOC-Präsidenten Stoss

Bundesminister Norbert Darabos begrüßt die Wahl von Dr. Karl Stoss zum neuen ÖOC-Präsidenten: „Ich sehe mit Dr. Stoss die Chance auf einen richtigen Neuanfang im ÖOC. Ich bin überzeugt davon, dass er rasch alle Altlasten aufarbeitet, das ÖOC personell auf neue Beine stellt und es wieder als erfolgreiche Marke in Österreich und in der Welt etabliert.“ Die Aufgabe, die vor ihm liege, sei nicht einfach, so Darabos. „Der neue ÖOC-Präsident kann sich aber darauf verlassen, dass ich ihn als Sportminister mit aller Kraft unterstützen werde. Gerade in Hinblick auf die Olympischen Spiele in Vancouver 2010 müssen wir den Blick nach vorne richten“, so Darabos in einer ersten Stellungnahme nach der ÖOC-Hauptversammlung. ■

TEAM ROT-WEISS-ROT – Österreichs neues Spitzenförderungsprogramm

Das TEAM ROT-WEISS-ROT ist das neue Spitzensportförderprogramm des Bundes. Es wird von den besten 200 Sportlerinnen und Sportler der Republik gebildet. Die TRWR-Athleten erhalten Spitzensportförderung in der Höhe von rund 3,5 Millionen Euro pro Jahr (u.a. für Trainingslehrgänge, Wettkämpfe, Sportmedizin, Sportpsychologie).

Das TEAM ROT-WEISS-ROT ist aber weit mehr als nur ein finanzieller Fördertopf. Die Plattform steht auch für ein neues Gemeinschaftsgefühl und einen neuen Zusammenhalt im Österreichischen Spitzensport. Im Team stehen die Sportlerinnen und Sportler und ihre Leistungen für Österreich im Mittelpunkt. Sportgrößen aus den verschiedensten Sportarten sind im TEAM ROT-WEISS-ROT gleichwertig vereint, egal ob sie in populären Sportarten wie Skifahren oder Schwimmen Erfolge feiern, oder in medial nicht so präsenten Sportarten.

Damit diese Ziele verwirklichen werden können, muss es sich vorerst einmal als Begriff in der Öffentlichkeit etablieren. Die mediale Präsentation des TEAM ROT-WEISS-ROT startet am 4. November bei der Galanacht des Sports. In der Auftaktkampagne zur Bekanntmachung des TEAM ROT-WEISS-ROT singen 29 der renommiertesten Sommer- und Wintersportler, allesamt hochkarätige Leistungssportler, Welt- und Europameister und Medaillengewinner (u.a. Jukic,

Geierspichler, Pranger, Walchhofer, Landertinger, Loitzl, Schlierenzauer, Schlager, Paischer, Günther) gemeinsam für eine gute Sache den Song „Wir sind Sieger“. Der Gewinn aus den CD-Erlösen kommt dem Nachwuchssport zugute. Ganz nach dem Motto „Wenn du willst, kannst du alles erreichen“ ist die neue TEAM ROT-WEISS-ROT-Hymne das Trägermedium der Kampagne (Kinospots, TV-Sports, Musikvideo, CD).

Das TEAM ROT-WEISS-ROT soll durch breite Informationsoffensiven ein wichtiger Kommunikator des Sports werden. Gemeinsam werden sich die TRWR-SportlerInnen für soziale und sport-spezifische Anliegen, wie beispielsweise den Kampf gegen Doping oder für mehr Bewegung in der Gesellschaft einsetzen. ■

Minister Norbert Darabos beim Tischtennis-World Team Cup in Linz

Vom 22. bis 25. Oktober fand in Linz mit dem World Team Cup die bedeutendste Tischtennis-Veranstaltung, die jemals in Österreich ausgetragen wurde, statt. Auch Sportminister Norbert Darabos ließ es sich nicht nehmen, Österreichs Tischtennis-Asse vor Ort anzufeuern und traf zudem ITTF Präsident Adam Sahrara. Je zwölf Teams bei Damen und Herren spielten um ein Preisgeld von 400.000 Dollar. Österreichs Tischtennis-Nationalteams schafften es bis ins Viertelfinale, beide Titel gingen an China. ■

Darabos gratuliert Jürgen Melzer zum ATP-Triumph in der Stadthalle

Begeistert war Sportminister Darabos über den ATP-Sieg von Österreichs Nr. 1 Jürgen Melzer bei der CA-Tennis-Trophy in der Wiener Stadthalle: „Dieser erste Turniersieg eines Österreicher in Wien seit 1988 ist ein bedeutendes Ereignis für den österreichischen Tennissport. Es ist erfreulich, dass Jürgen Melzer nicht aufgrund der Schwäche seiner Gegner sondern wegen seiner beständigen hochklassigen Leistungen gewonnen hat. Seine begeisternden Auftritte gegen Kaliber wie Radek Stepanek oder Shooting-Star Marin Cilic im Finale waren das richtige Signal zur richtigen Zeit. Dieser Sieg wird vielen jungen Spielern Mut machen.“ Jürgen Melzer, 28, besiegte seinen 21-jährigen kroatischen Gegenspieler im wohl besten Match seiner Karriere mit 6:4 und 6:3. Er ist seit dem Sieg des frühverstorbenen Horst Skoff der erste CA-Trophy-Gewinner. ■